

Der Gemeindearbeiter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Redaktions- und Fernsprecher Nr. 8538.
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 17

Coln, den 12. August 1916.

IV. Jahrgang.

Zum 1. August 1916.

Am 1. August dieses Jahres jährt sich zum zweiten Male der Tag, an dem das gewaltige Ringen der Völker, wie es die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, seinen Anfang nahm. Trotz der unermesslichen Opfer an Gut und Blut ist im Augenblick noch kein Ende abzusehen. Wohl ist schon zu verschiedenen Malen unsererseits die Bereitwilligkeit erklärt worden, die Hand zum Frieden zu reichen, von den Feinden aber zurückgewiesen. Sie glaubten die Vorbereitungen genügend getroffen zu haben, nun zum entscheidenden Schlage ausholen zu können. Der Gedanke, nach all den Opfern zweier Jahre ihr Ziel, Deutschland zu zertümmern, seinen Handel und seine Industrie zu vernichten, aufgeben zu müssen, schien ihnen unerträglich. Der gekränkte Ehrgeiz der Franzosen, die Herrschsucht Albions und der unersättliche Gier der Russen stachelten zur alleräußersten Kraftentfaltung an. So sehen wir heute das große Völkerringen auf seinem Höhepunkt. Auf allen Fronten, in Ost und West, in Tirol, im Kaukasus, in Persien, in Mesopotamien, in Ägypten, in Tripolis und Ostafrika wird noch gekämpft, während die feindliche Diplomatie mit Hochdruck an der Arbeit ist, um durch die Hineinziehung Humanitens auf dem Balkan die Kriegsfackel erneut zum Aufblühen zu bringen. Nicht minder erbitternd wird der Kampf auf Leben und Tod auf den Weltmeeren weitergeführt. Trotz alledem, trotz der uns übelwollenden Neutralität mancher neutraler Staaten, kann über den Ausgang des Ringens bei uns kein Zweifel sein. Wie eine eiserne Mauer stehen unsere Truppen, und die Berichte der letzten Tage lassen erkennen, daß auch die größten Kraftanstrengungen der Feinde sie nicht zu durchbrechen vermögen. Eines Tages muß der Zeitpunkt eintreten, wo bei ihnen die aufgestachelten Leidenschaften der nüchternen Erwägung und dem nüchternen Verstande Platz machen müssen.

Vorerst aber sind wir noch nicht so weit. Noch hoffen sie, durch die militärischen Anstrengungen, durch einen Druck auf Griechenland und Rumänien zwecks Anschluß an den Viererband, Italien zur Kriegserklärung an Deutschland, eine Wendung des Kriegsglücks herbeiführen zu können. Nicht minder hegen sie noch die Hoffnung auf einen Erfolg ihrer Aushungerungspolitik und durch ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die Neutralen uns wirtschaftlich erdrosseln zu können.

Da heißt es weiter aus- und durchhalten und Opfer bringen. Dieses Weiterdurchhalten ist uns aber nur möglich im Hinblick auf das, was auf dem Spiele steht. Es geht hier um das Sein oder Nichtsein, um die Zukunft unseres Volkes. Gelingt es den Gegnern auch nur zum Teil, unsern Einfluß in der Welt zu hemmen, unsere Industrie, unseren

Handel lahm zu legen, ist der wirtschaftliche soziale Aufstieg der Arbeiter und Angestellten auf Jahrzehnte zurückgeworfen. Gewiß ist uns das Durchhalten nicht leicht gemacht. Die Knappheit und der hohe Preisstand der notwendigen Lebensmittel lastet schwer auf den Schultern der Minderbemittelten, vielfach noch verschärft durch das an Landesverrat grenzende Verhalten verschiedener Individuen, die die Not des Volkes zu ihrer eigenen Bereicherung benutzen. Dem aufmerksamen Beobachter wird aber auch nicht entgangen sein, daß nunmehr hier recht herzhast zugefaßt wird, um diesem Treiben ein Ende zu machen. Bei aller Kritik der vielfach verfehlten und verspäteten Regierungsmaßnahmen ist aber nicht zu vergessen, daß es nicht zu dem Menschenmöglichen gehört, innerhalb kurzer Zeit das vieltausendfach gestaltete deutsche freie Wirtschaftsleben in die amtliche Schablone zu pressen. Der feste Wille zum Durchhalten soll uns dadurch nicht genommen werden. Jedenfalls bietet sich auch noch später Gelegenheit genug, ihnen einen großen Teil des unberechtigten Gewinnes wieder abzulaugen. Unsere Pflicht ist es, jetzt mit allen Mitteln die Pläne der Gegner, uns die unbestreitbaren militärischen Erfolge mit dem wirtschaftlichen Druck und der Lebensmittelblockade aus der Hand zu winden, zu durchkreuzen. War manches Opfer wird gefordert. Wir können und werden sie aber bringen, ansichts der viel größeren Pflichterfüllung unserer Volksgenossen, die draußen an der Front die größten Entbehrungen nun schon seit 24 Monaten ertragen haben, zum Teil auch Leben und Gesundheit hingeben.

Einmal muß der Friede doch kommen, wohl dem der sich dann sagen kann, auch ich habe meine Pflicht getan und zum guten Ausgang dieses uns aufgezwungenen Kampfes meinen Teil beigetragen.

Staat, Volkswirtschaft und Arbeiterbewegung.

II.

Wie hat nunmehr die im Vorhergehenden als notwendig für die Nation nachgewiesene Anerkennung der Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung des handarbeitenden Standes praktisch einzusehen: Zunächst und vor allem im Staat. Der Staat ist gleichsam das Organ, das sich die Allgemeinheit des in ihm lebenden Volkes gegeben hat. Und es ist natürlich von grundlegender Wichtigkeit, daß an der Stelle, die für die Gestaltung der allgemeinen Verhältnisse ausschlaggebend ist, die Arbeiterschaft die gleichen Einflußmöglichkeiten bekommt, wie alle anderen Volksschichten. Umso mehr, als die Zustände an dieser Stelle für die Entwicklung der Verhältnisse im kleineren Rahmen mit entscheidend sind. Wie das zum Ausdruck kommen muß, hat Kollege Stegerwald in dem uns hier beschäftigenden Aufsatz am

Beispiel der rechtlichen Stellung der Landwirtschaft und an der Art ihrer Behandlung durch den Staat dargetan. Aus einem Vergleich dieser Behandlung mit jener der Arbeiterenschaft ergibt sich die für den Staat demütigende Schlussfolgerung: Es fehlt sozusagen in allen Instanzen an der Verbindung, Kenntnis, Übersicht und infolgedessen auch am Interesse des staatlichen Organismus am Leben, der Entwicklung, den Wünschen und Sorgen der arbeitenden Massen. Das Reichsamt des Innern mit seinen weit auseinanderliegenden und durcheinanderlaufenden Aufgaben vermag, da es überdies in den Einzelstaaten eine gleichartige Zentralisation sozialer Aufgaben als Unterbau nicht findet, in keiner Weise die Organisation der Landwirtschaft für die Arbeiterwelt zu erleben, sieht sich überdies durch den steigenden Druck der vereinigten Besitzinteressen in seinem eigenen Ressort an der Ausprägung sozialer Forderungen stark gebindert, und heute ist jedenfalls der Charakter des Reichsamtes des Innern als eines „Ministeriums für Sozialpolitik“, gelinde gesagt, stark vermischt.

Die heutigen Mängel sind, wie Verfasser dargetut, in einer veralteten Auffassung von dem Interesse der Einzelnen und der Gruppen am Staate und umgekehrt begründet. Dieses Interesse läßt sich heute nicht mehr auf die einfache Formel bringen, daß der Besitz der wesentlichste, staatsichernde Faktor sei. Die, wie man meinte, im Arbeiterelement verkörperte Rubellosigkeit und stete Revolutionsgefahr ist in Deutschland in den letzten Jahrzehnten schon stark eingedämmt worden und läßt sich weiter eindämmen. Die Arbeiter müssen nur in etwas anderen Formen und mit etwas anderen Mitteln am Staatswesen interessiert werden, als das bei den besitzenden Schichten der Fall ist. Die Staatsgewinnung kann bei ihnen in mindestens demselben Maße und Umfang herbeigeführt werden, als sie in der Vergangenheit bei den besitzenden Schichten gemeinhin anzutreffen war.

Bei der Forderung der Arbeiter nach Gleichberechtigung im Staatsleben handelt es sich nicht um etwas Neues. Es braucht nur wieder herzlich auf die in den kaiserlichen Februarerlassen von 1890 niedergelegten Gedanken zurückgegriffen zu werden. Die der Verwirklichung des kaiserlichen Willens entgegenstehenden Hemmungen werden ausgeräumt werden müssen, und zwar zunächst bei den staatlichen Organen selbst. Die Staatsverwaltung kann nicht mit den rund 11 Millionen Arbeitern, die in Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehr beschäftigt sind, einzeln verkehren. Dazu bedarf es vielmehr geeigneter, vom Vertrauen der Arbeiter getragener Zwischenglieder. Die Staatbetriebe werden hinsichtlich der Behandlung der Arbeiterorganisationen der Privatindustrie mit gutem Beispiel vorzugehen müssen. Daran werden sie um so weniger vorbeikommen, als, wie Herr Staatssekretär Dr. Tollbrück in der Sitzung des Reichstages vom 20. März 1915 über die gewerkschaftlichen Arbeiterverbände ausführte, „die Gewerkschaften wirtschaftliche Arbeiten zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben — das hat der Krieg gezeigt, nicht mehr denkbar ist“. Die Reichs-, Bundesstaats- und Gemeindebetriebe werden die Arbeiterverbände als verhandlungsberechtigte Vertretungen der Arbeiter anerkennen müssen; demzufolge wären die vorgeordneten Behörden zu verpflichten, die Vorstände und Angestellten der Arbeiterverbände über Wünsche und Beschwerden der Arbeiter zu hören und mit ihnen darüber zu verhandeln. Auch werden die Betriebsverwaltungen des Reiches und der Bundesstaaten nicht mehr umhin können, mit den organisierten Arbeitern, soweit sie in staatlichen Betrieben tätig sind, die nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten, bezw. mit den zuständigen Gewerkschaften Lohn- und Arbeitstarife abzuschließen. Bis heute glaubten die Leitungen der sogenannten gemeinnützigen Be-

triebe von der Erfüllung dieser Forderungen absehen zu müssen. Anzuerkennen ist ja, daß in manchen staatlichen und städtischen Betrieben in mancher Beziehung muster-gültige Arbeitsordnungen eingeführt wurden, während es andererseits aber auch noch immer welche geben, die nach rein privatkapitalistischen Gesichtspunkten den Arbeitsvertrag einseitig aufstellen, ohne jede Mitwirkung der Arbeiterschaft selbst. Ja, sogar durch allgemeine Koalitionsverbote es zu verhindern versuchen, jeden mittelbaren Einfluß der Angestellten und Arbeiter von vornherein unmöglich zu machen.

Für die Gemeinde gilt in allgemeiner und grundsätzlicher Hinsicht dasjenige, was für den Staat ausgeführt wurde. In den Stadtvertretungen, in der Armenverwaltung, in den Schuldeputationen usw., insbesondere Norddeutschlands, ist das Arbeiterelement verhältnismäßig nur spärlich vertreten, so daß sich zwischen den Organen der Stadtverwaltung und der Mehrheit der Bürger ein arbeitsfreundliches Gegenseitigkeits- und Vertrauensverhältnis nicht herausbilden konnte. Die Beziehungen zwischen den Organisationen des Hausbesitzes, des Handels, des Handwerks usw. zur Stadtverwaltung sind jedenfalls viel enger und intimer, als sie zwischen ihr und den Organisationen der Arbeiter gemeinhin vorhanden sind. Auch die Behandlung von Arbeiterwünschen in den kommunalen Unternehmungen ist vielfach abhängig von der Zusammensetzung der Stadtvertretungen. Hier werden in gleichen Maße wie im Staatsleben zeitgemäße Reformen durchgeführt werden müssen.

Auch im Gesellschafts-, Wirtschafts- und Betriebsleben wird der gegenseitigen Klassenentfremdung mit starken Kräften entgegengewirkt werden müssen. Auf fast allen Gebieten hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten große Fortschritte aufzuweisen; auf einem Gebiete dagegen ist ein großes Manko zurückgeblieben: Die Menschen sind einander gar nicht näher gebracht worden. Wohl nirgends ist der Klassen- und Klassengeist so scharf ausgeprägt als in Deutschland. Der Verfasser beleuchtet das auf Grund persönlicher Erfahrungen durch den Vergleich der Behandlung, die Arbeitervertretungen in Deutschland und im Auslande erfahren. Der Anfang zu einer Wandlung muß mit der Pflege besserer Beziehungen zwischen der heranwachsenden Bildungsschicht und der Intelligenz aus der Arbeiterschaft gemacht werden.

Was das Betriebsleben anbelangt, so ist es durchaus verfehlt und schädlich, anzunehmen, daß mit technischem und kaufmännischem Können allein ein Betrieb zu verwalten wäre. „Dazu gehört die Kunst, Seelen zu behandeln, die Kunst, sich in die anderen hineinzuversetzen, die psychologischen Bedingungen ihrer Lebens- und Schaffensfreudigkeit zu erkennen, ihr Ehrgefühl zu schonen und sie auch selber zur rechten Genossenschaft mit ihresgleichen zu erziehen. Wird die Pädagogik in deutschen Unternehmerkreisen weiter gepflegt und findet man sie verstärkt mit dem Gedanken ab, daß der Arbeiter das Recht hat, zur Wahrnehmung seiner Interessen sich mit seinesgleichen zu verbinden, dann kommen wir ein gutes Stück Weg weiter. Sobald man sich dann in Unternehmerkreisen allseitig auf Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen einläßt, in dem Arbeiter den Menschen sieht, der das Recht und die Pflicht hat, seine Arbeitsbedingungen so erträglich als möglich zu gestalten, wird sich herausstellen, daß die Arbeiterorganisationen weder von dem einzelnen Unternehmer noch von einer Industrie, noch von der Gesetzgebung Unmögliches fordern.“

Danach formuliert der Verfasser die Forderungen der Arbeiterschaft, soweit Recht und Rechtsbehandlung in Frage kommen. Leitende Forderung ist die soziale Ausgestaltung des Rechts. Im einzelnen erweist sich als notwendig: Schutz der einheimischen Arbeiter vor der Konkurrenz aus-

ländischer Arbeitskräfte; Aufhebung aller Ausnahmestimmungen (§ 158 usw.); Vereinheitlichung des Arbeitsrechts; (Arbeitskammern oder dergl.).

Endlich wird auch das Schulwesen einen sozialen Ausbau erfahren müssen. Die aufstrebende Arbeiterschaft und das Gemeinschaftsleben haben ein starkes Interesse daran, daß Mittel und Wege gefunden werden, um jene geistig hervorragenden Kräfte, die aus der Arbeiterschaft hervorgehen, vor Verkümmern zu bewahren und ihre Intelligenz der gesamten Volksentwicklung dienstbar zu machen. Damit soll natürlich nicht das Ziel verfolgt werden, das „Gelehrtenproletariat“ zu vermehren. Das deutsche Volksleben braucht weniger eine Vermehrung der „abgestempelten Wissenschaft“, als eine Erweiterung des Kreises der für das Wirtschaftsleben erforderlichen Intelligenzen. Der Kreis der produktiven Kräfte mit einer verbesserten Allgemein- und Fachbildung erweist sich umso umfangreicher, je mehr Deutschland die Qualitätsarbeit pflegen und damit seine Stellung in der Weltwirtschaft festigen will. Für Handwerker, Werkmeister, Vorarbeiter, Kolonnenführer usw. mit einer verbesserten Allgemein- und Fachbildung hat das deutsche Volks- und Wirtschaftsleben nie Ueberfluß an Kräften, insbesondere nicht nach dem Kriege, in dem leider die Intelligenz aus allen Schichten starke Einbuße erlitten hat. Es wird erforderlich werden, daß zwischen der Volksschule einerseits und den Mittel- und Hochschulen andererseits ein organisches Verhältnis herausgebildet und eine bessere Pflege und Verbindung mit der Fachschule in der Art der Bau- gewerks- und Maschinenbauhschulen mittels eines einheitlichen Schulsystems hergestellt wird. Mittel und Wege sind so zu gestalten, daß auch die Minderbemittelten verstärkt an dieser erhöhten Bildungsmöglichkeit sich beteiligen können. Dann wächst auch von selbst die Wertschätzung der Handarbeit, an der es in Deutschland seit langem sehr gefehlt hat.

Die Abhandlung Stegerwalds schließt mit einem Hinweis auf die in verantwortlichen Kreisen bestehende ehrliche Bereitwilligkeit, die bisherige Kluft zwischen großen Arbeiterschichten und Volksgesamtheit zu überbrücken, und auf die in breiten Arbeiterschichten eingetretene Ernüchterung, was die seitherigen Erwartung einer überspannten internationalen Klassensolidarität anbelangt. Das ist der Boden, auf dem die Verwirklichung der gesteckten Ziele mit vermehrter Aussicht auf Erfolg angestrebt werden kann. Die Anspannung der besten Kräfte in der Richtung auf dieses Ziel hin tut allerdings in höchstem Maße not. Denn ungeheure Aufgaben auf den vielseitigsten Gebieten verlangen nach dem Kriege ihre Erledigung: Neuordnung des Wirtschaftslebens, Ueberführung der Kriegsteilnehmer in ein möglichst angemessenes Arbeitsverhältnis, Neugestaltung des staatlichen Finanzwesens, größere Stabilität auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung, Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Sinterbliebenen Gefallener usw. Diese Aufgaben lassen sich um so befriedigender und vollkommener zur Lösung bringen, je mehr mit rein sachlichem Bemühen an sie herantreten wird und je besser es gelingt, alle Volksschichten angemessen zur Mitarbeit heranzuziehen. Deutschlands Schicksalsstunde zur Gestaltung seiner staatlichen Verhältnisse und seines künftigen inneren Gemeinschaftslebens hat geschlagen. Nutze man sie!

An die Verteidiger des Vaterlandes in der Heimat.

Zwei volle Jahre mit allen ihren Schrecken und Nöten hat das deutsche Volk nunmehr ertragen müssen. Ungeheure Opfer wurden ihm auferlegt; sie wurden dargebracht, weil die Abwehr des Angriffs einer Uebersahl von Feinden auf den Bestand des Reiches und die Freiheit der natio-

nen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands sie erforderten. Der unvergleichliche Todesmut unseres Heeres hat sich als unüberwindlich erwiesen. Von den wichtigen Zufuhrstrahlen des Weltverkehrs abgeschnitten, auf den Ertrag der eigenen Scholle angewiesen, verjuchte das deutsche Volk das zweite schwere Kriegsjahr zu überstehen, indem es tapfer und entsagungsvoll seine Friedensgewohnheiten änderte und durch Einschränkungen, ja Entbehrungen, die schwere Mähernte des letzten Jahres auszugleichen mußte.

Der Höhepunkt der an die Entsfugungsfähigkeit des Volkes gestellten Anforderungen traf mit den gewaltigsten militärischen Anstrengungen zusammen, die je ein Volk bei der Abwehr einer Uebersahl von Feinden zu leisten hatte. Neben dem mütenden Kampfe gegen die lebende Wehr, die Heimat und Herd des deutschen Volkes schützt, führt der Feind einen schmählischen Krieg gegen Frauen und Kinder. Was die Waffengewalt auf den Schlachtfeldern nicht vermag, soll der Hunger erzwingen. Wir sollen mürrde gemacht der zähe Widerstand unserer Heere in der Heimat gebrochen werden.

Das wird nicht gelingen. Auf den heimischen Fluren reift uns die Ernte entgegen, die einen reicheren Ertrag verspricht als die vorjährige. Sie gibt uns die sichere Gewähr, daß bei richtiger, die Mängel der bisherigen Regelung vermeidenden Verteilung die umgebende Opferwilligkeit unseres Volkes keine seine Kräfte übersteigende Belastungsprobe erfahren wird. Das Kriegsernährungsamt wird alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden, und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotene Grenzen hinausgehen. Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfsficherung eine Senkung des Preisstandes der Nahrungsmittel ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden.

Auch bei der Durchführung dieser Grundsätze muß sich das deutsche Volk Beschränkungen auferlegen; sie sind aber gering anzuschlagen gegenüber den Entbehrungen und Opfern, die unser Heer seit zwei Jahren willig trägt. Unermehlichen Dank schulden wir in der Heimat den Tapferen da draußen, die unsere Grenzen schützen. Ihr Vorbild soll uns leiten bei der Anpassung an die Kriegsernährungsverhältnisse. So erfüllen wir einen Teil unserer Dankespflichten und belunden den unerschütterlichen Siegeswillen des deutschen Volkes durch die Tat.

Der Vorstand des Kriegsernährungsamtes:

von Batoeki, Edler von Braun, Dr. Dehne, Frhr. von Falkenhaujen, Groener, Manasse, Meusch, Seenger, Graf von der Schulenburg, Siegerwald.

Dieser Erklärung schließen sich an:

Bund der Industriellen: Kommerzienrat Friedrichs (Potsdam);

Bund der Landwirte: Dr. Koeside;

Zentralverband deutscher Industrieller: Moetger, Landrat a. D.;

Vorortvereinigung der christlich-deutschen Bauernvereine Frhr. von Kerferink zur Borg;

Deutscher Bauernbund: Dr. Boehme, Dr. Voischer;

Deutscher Handelstag: Dr. Kaempfer;

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag: Plate;

Deutscher Städtetag: Vermuth;

Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband: Pechly;

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands: E. Legien;

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands: Mathias Schiffer;

Hanfabund für Gewerbe, Handel und Industrie: Dr. Miessner;

Reichsdeutscher Mittelstandsverband: Dr. Eberle;

Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände: Dr. Köhler (Hamburg), Reif (Leipzig),

Eblers (Frankfurt am Main);
Verband der deutlichen Gewerksvereine: Gustav Hartmann.

Ans unsern Berufen.

Lohnzulage für die staatlichen Museumsdiener in Berlin. Unserer Eingabe, nach angemessener der Löhne für die Arbeiter und Diener der staatlichen Museums ist nunmehr Rechnung getragen. Der Erhöhung beträgt in der untersten Lohnklasse 1.00 Mk. in der zweiten 80 Pfg. und in der dritten 60 Pfg. pro Tag. Wir kommen in der nächsten Nummer hierauf zurück.

Lohnerhöhungen für die bayerischen Flußbauarbeiter. Im April dieses Jahres wurden seitens unseres Sekretariats für die Kollegen der niederbayerischen Bauämter, die bekanntlich die niedersten Grundlöhne für ihre Arbeiter bezahlen, Eingaben gemacht, in denen der Wunsch um Gewährung von Lohnzulagen zum Ausdruck kam. Dieselben hatten den Erfolg, daß die niederbayerische Regierung im Einvernehmen mit der obersten Staatsbaubehörde die bestehenden Grundlöhne für die Dauer des Krieges um 10-30 Pfg. pro Tag erhöhte. Daraus ersehen die Kollegen, daß gerade während des Krieges die Organisation mehr als je notwendig ist, um einen Ausgleich zwischen der bestehenden teuren Lebenshaltung und des Einkommens herbeiführen.

Rundschau.

Mit dem Eisernen Kreuze ausgezeichnet wurden die Kollegen Braun und Johann Hoffmann, Mitglieder der Ortsgruppe Köln Straßenbahner, und der Kollege Bernhard Stern, Mitglied der Ortsgruppe Bremen. Letzterem wurde auch das Bremer Hanseatenkreuz verliehen. Zum Vizefeldwebel befördert wurde der Vorsitzende unserer Ortsgruppe Frankfurt/Main, Kollege Klug, und zum Unteroffizier der Kollege Mekotte, Ortsgruppe Köln, Straßenbahner.

Unsere herzliche Gratulation. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Zur Entlohnung der Kriegsbeschädigten hat nun auch das Kgl. Preussische Staatsministerium Stellung genommen. Für sämtliche Staatsbetriebe ist der Grundsatz aufgestellt, daß die Kriegsbeschädigten, lediglich nach ihrer Arbeitsleistung, ohne jede Berücksichtigung ihrer Militärrenten entlohnt werden sollten. In den Reichsbetrieben soll das gleiche Verfahren eingeschlagen werden. Der Reichskanzler hat ferner, alle Bundesstaatsregierungen aufgefordert, die Durchführung dieses Grundsatzes in ihrem Verwaltungsbereiche zu veranlassen.

Die Stadt München hat ebenfalls zu dieser Frage Stellung genommen und Grundsätze für die Wiedereinstellung einberufenen städtischer Arbeiter aufgestellt. Nach diesen soll der Lohn in jedem einzelnen Falle, nach dem Grade der Leistungsfähigkeit in der ihm zugewiesenen Tätigkeit nach billigem Ermessen und unter Zugrundelegung der Mindestlohnsätze der allgemeinen Arbeitsordnung festgesetzt werden. Besonders Gewicht legt München darauf, die Kriegsbeschädigten an die Stelle zu bringen, wo sie, ohne ihren Gesundheitszustand zu verschlimmern, und die Sicherheit des Betriebes zu gefährden, am meisten leisten können. Die Zeit der militärischen Dienstleistung soll, hinsichtlich der in der Arbeitsordnung vorgesehenen Lohnsteigerungen und der sonstigen Ansprüche nicht als eine Unterbrechung der Beschäftigung angesehen werden.

In Köln dagegen soll bekanntlich den Kriegsbeschädigten der ihnen früher gewährte Lohn, respektiv der in der Lohnordnung für die betreffende Dienstjahre festgesetzte, abzüglich der Rente, nicht der Kriegs- und Verstümmelungszulage, gezahlt werden. Jedes System hat seine Vorzüge und Nachteile. Bei ersterem ist es möglich, daß der Einzelne, bei normaler Arbeitsleistung vollen Lohn und volle Rente und Zulagen erhält. Die Beurteilung der Arbeitsleistung unterliegt aber dem Gutachten der Betriebsleiter usw. von dessen Wohlwollen und loyales Verhalten vieles abhängt. Nach dem Kölner System, wie wir es mal nennen wollen, ist der Kriegsbeschädigte unabhängiger. Welches sich auf die

Dauer für die Arbeiter am besten bewährt, muß die Zukunft lehren. Ein Urteil läßt sich erst nach längerer praktischer Erfahrung bilden.

Arbeiterbewegung.

Auch eine Berichterstattung. Der Berliner „Arbeiter“ berichtet in seiner Nummer 16 vom 30. Juli auch über den Stand einzelner christlicher Verbände, so über den der Schneider, Malex, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter. Bezeichnend ist, daß er sich zu seiner Berichterstattung nur diejenigen Verbände herausgesucht hat, die besonders schwer unter den Einberufungen ihrer Mitglieder zum Heeresdienst gelitten haben. Da er nun die Mitgliederzahlen Ende 1913 mit denen Ende 1915 gegenüberstellt, ohne aber die Zahlen der einberufenen Mitglieder zu nennen, wird der Eindruck bei jedem, der die Verhältnisse nicht genau kennt (und derartige Leser hat bekanntlich der „Arbeiter“ sehr viele) erweckt, die betreffenden Verbände seien in der Auflösung begriffen. Insbesondere dann, wenn er sich vorher in den Zeitartikeln so recht eindringlich über die interkonfessionellen Gewerkschaften hat belehren lassen.

Gegen eine derartige Berichterstattung polemisiert man nicht lange. Sie stellt sich selbst das Zeugnis aus „Niedriger hängen“.

Verbandsnachrichten.

Vom zweiten Quartal haben abgerechnet die Ortsgruppen Aachen, Bremen, Wiesbaden, Freising, Laufen, Bonn (Straßenb.), Brittriching, Würzburg (Gemeindearb.), Hildesheim, Pirmasens, Regensburg, Nürnberg, Stuttgart und Wilschhofen.

Nach einer Bundesratsverordnung ist es nicht mehr gestattet, Frei- oder Werbeeremplare von Zeitungen und Zeitschriften zu liefern. Hiernach sind wir nicht mehr in der Lage, Freieremplare unserer Verbandsorgane zu liefern. Die Ortsgruppenvorstände werden daher dringend gebeten, nicht mehr Zeitungen zu bestellen, wie sie dringend gebrauchen. An die Mitglieder, gleich, ob sie zu Hause sind oder sich im Felde befinden, darf selbstverständlich das Organ abgegeben oder verjant werden.

Der Zentralvorstand.
J. A.: Geint. C i c m a n n.



Es starben den Heldentod für König und Vaterland unsere Kollegen:

Johann Bertram,

Mitglied der Ortsgruppe Bonn,
gefallen am 6. Juni 1916, im Osten.

Wilhelm Kuhl,

Mitglied der Ortsgruppe Köln Straßenbahner.

Thomas Betz,

Vorsitzender der Ortsgruppe Ingolstadt,
gefallen auf dem westlichen Kriegsschauplatze.

Johann Hofmann,

Ludwig Dietzinger,

Mitglieder der Ortsgruppe Simbach,
gefallen in den Vogesen.

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken
bewahren.